

**SVP des Kantons Zürich**

Lagerstrasse 14  
8600 Dübendorf

Tel. 044 217 77 66

Fax 044 217 77 65

E-Mail: sekretariat@svp-zuerich.ch



Dübendorf, 8. Juli 2019

---

## **Pressekonferenz Vernehmlassung Bürgerrechtsgesetz**

**Patrick Walder, Gemeinderat, Präsident der SVP des Kantons Zürich**

---

Sehr geehrte Medienschaffende

Herzlich willkommen zur heutigen Pressekonferenz. Mit der heutigen Pressekonferenz informieren wir Sie aus erster Hand über die Stellungnahme der SVP des Kantons Zürich zur Vernehmlassung zum kantonalen Bürgerrechtsgesetz.

Neben mir haben Platz genommen:

Kantonsrat Stefan Schmid, Präsident der Kommission für Staat und Gemeinden und Gemeindepräsident von Niederglatt

Kantonsrat Ueli Pfister, Erstunterzeichner der parlamentarischen Initiativen «Bürgerrecht, Erhöhung Sprachkompetenz» und «Bürgerrecht, Erhöhung Wohnsitzfristen»

Immer wieder, aktuell auch mittels des neuen kantonalen Einbürgerungsgesetzes, versuchen linke Politiker, das Einbürgerungsverfahren zu vereinfachen. Sie versuchen damit die Einbürgerung als Mittel der Integration auf gesetzter Stufe zu legitimieren. Für die Zürcher SVP ist jedoch klar, dass die Einbürgerung der letzte Schritt der erfolgreichen Integration ist. Wir verlangen von jedem Einbürgerungswilligen, welcher damit die vollständigen politischen Mitbestimmungsrechte erhält, dass er sich mit der Schweiz, der schweizerischen und kantonalen Verfassung, den hier geltenden Gesetzen und kulturellen Eigenschaften identifiziert und damit beweist, dass er die Integration in unsere Gemein- und Gesellschaft abgeschlossen hat.

Kantonsrat Stefan Schmid wird Ihnen in seinem Referat die Kernforderungen der Zürcher SVP detailliert vorstellen. Dabei geht es um folgende Schlüsselkriterien, welche als Nachweis der genügenden Integration beigezogen werden müssen:

1. Polizeilicher Erhebungsbericht für die Beurteilungsgremien
2. Erweiterung der Wohnsitzfristen gemäss eidgenössischem Gesetz, als Zeichen der kommunalen Integration
3. Solide Sprachkenntnisse in Schrift und Sprache
4. Die Sicherstellung der finanziellen Selbsterhaltung des Einbürgerungswilligen
5. Keine voreilige Einbürgerung jugendlicher Straftäter

Kantonsrat Ueli Pfister wird in seinem Referat auf die Kernforderungen der SVP im Kantonsrat eingehen sowie den aktuellen Stand zu den parlamentarischen Initiativen «Bürgerrecht, Erhöhung Sprachkompetenz» und «Bürgerrecht, Erhöhung Wohnsitzfristen» erläutern.

Ich übergebe nun Kantonsrat Ueli Pfister, Mitglied der Kommission für Energie, Verkehr und Umwelt, das Wort.

Schlussvotum:

Wie schon bei der kantonalen Bürgerrechtsverordnung rufen wir die Gemeinden, den Gemeindepräsidentenverband und den Verband der Zürcher Gemeindeschreiber und Verwaltungsfachleute dazu auf, ebenfalls zum kantonalen Bürgerrechtsgesetz Stellung zu beziehen und sich für eine strenge Einführung stark zu machen. Die Gemeinden sind am Schluss jene Organe, welche das Bürgerrechtsgesetz vollziehen müssen und mit den falschen Anreizen des Bürgerrechtsgesetzes leben müssen.

Die Zürcher SVP ist entschlossen, sämtliche Massnahmen für die Durchsetzung unserer Kernforderungen zu ergreifen. Das Bürgerrecht und damit auch die Bürgerpflichten sind ein hohes Gut, mit welchem sorgsam umgegangen werden muss. Wenn sich Frau Justizdirektorin Fehr in der Zeitung zitieren lässt, dass es ihr nicht nur um Fairness und Vereinheitlichung geht, sondern auch darum, Einbürgerungen generell zu fördern, zeigt dies die ideologische Durchtriebenheit dieser Vorlage, welche die SVP so nicht akzeptieren wird.

Gerne stehen wir Ihnen nun für Fragen zur Verfügung.